



Kommunale 2025

Nürnberg, 22./23. Oktober 2025

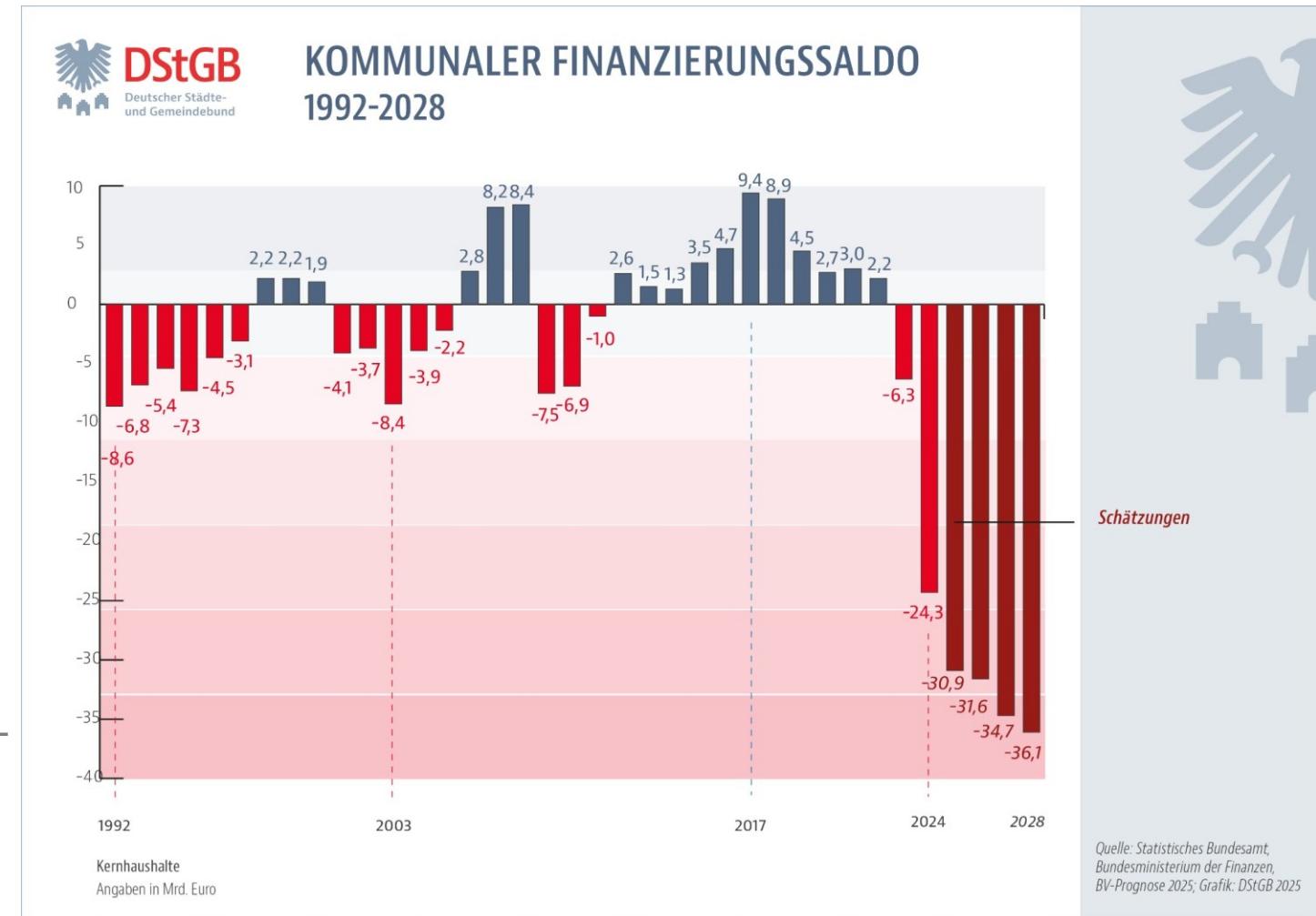
Kommunalfinanzen am Abgrund?

Vortrag von Uwe Zimmermann
Deutscher Städte- und Gemeindebund

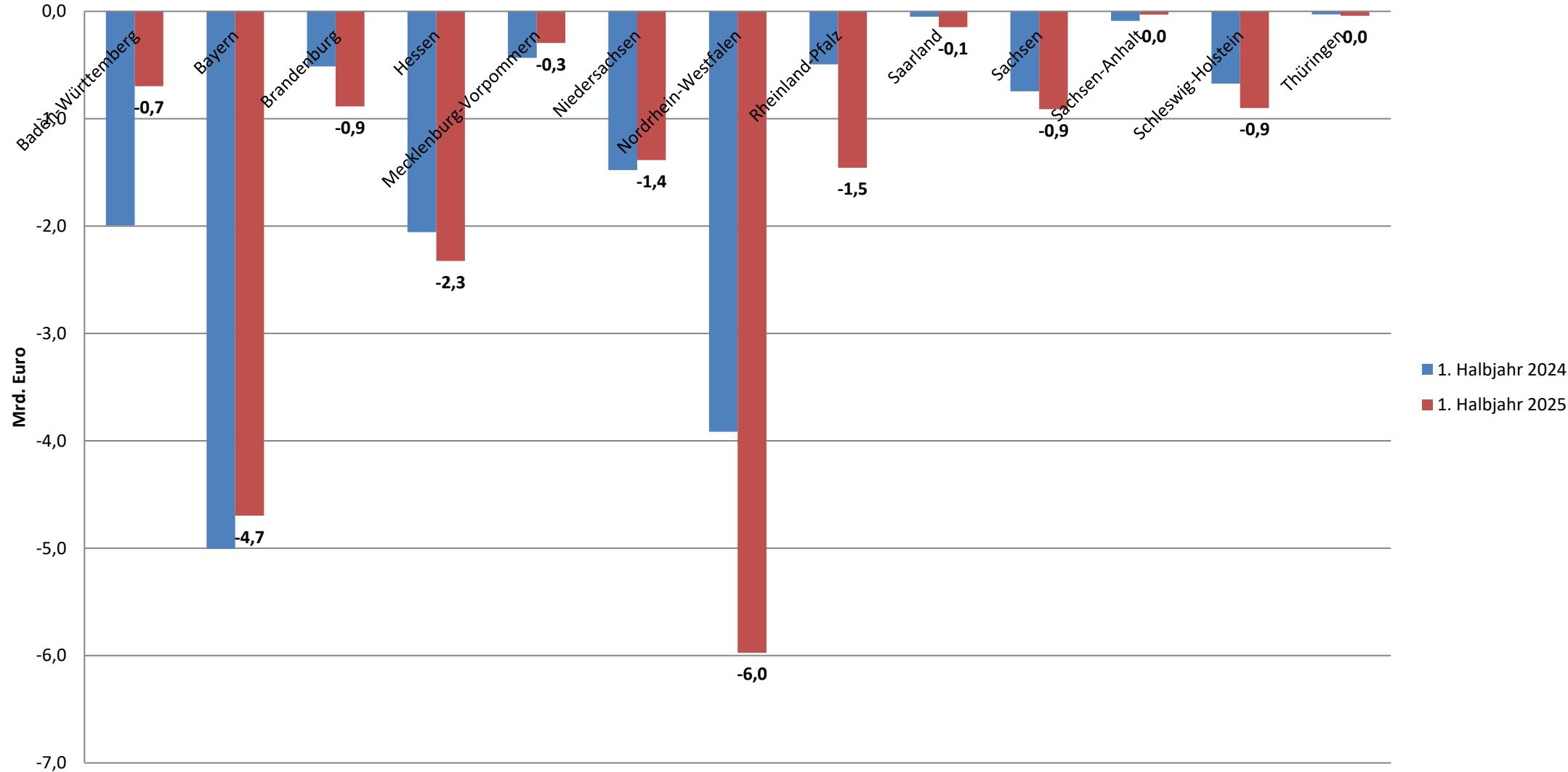


Strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen

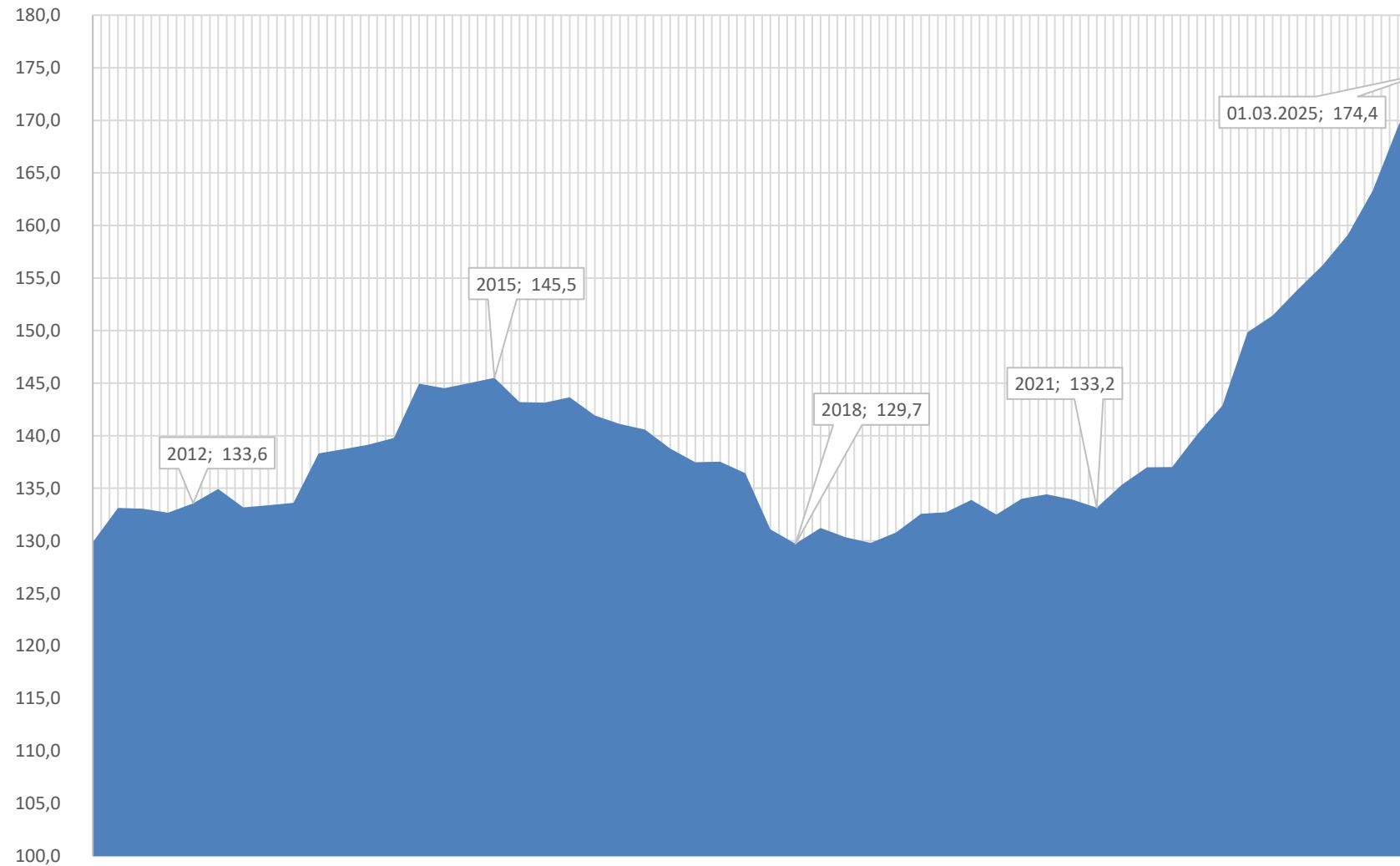
- Kommunales Defizit 2024 in historischer Rekordtiefe mit über minus 24 Mrd. €
- Ausgaben wachsen weiter dynamisch auf, insb. für Soziales und Personal
- Prognose für 2025 und Folgejahre noch schlechter, aktuell Kommunaler Finanzreport 2025, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2025/juli/kommunale-finanzen-groesstes-defizit-in-der-geschichte-der-bundesrepublik>
- 1. Halbjahr 2025: -19 Mrd. € (Vorjahreszeitraum - 17,5 Mrd. €). Ohne z.B. vorgezogene Schlüsselzuweisungen in Ba-Wü, Gebührensteigerungen etc. wäre kommunales Defizit bei ca. -23,5 Mrd. Euro!



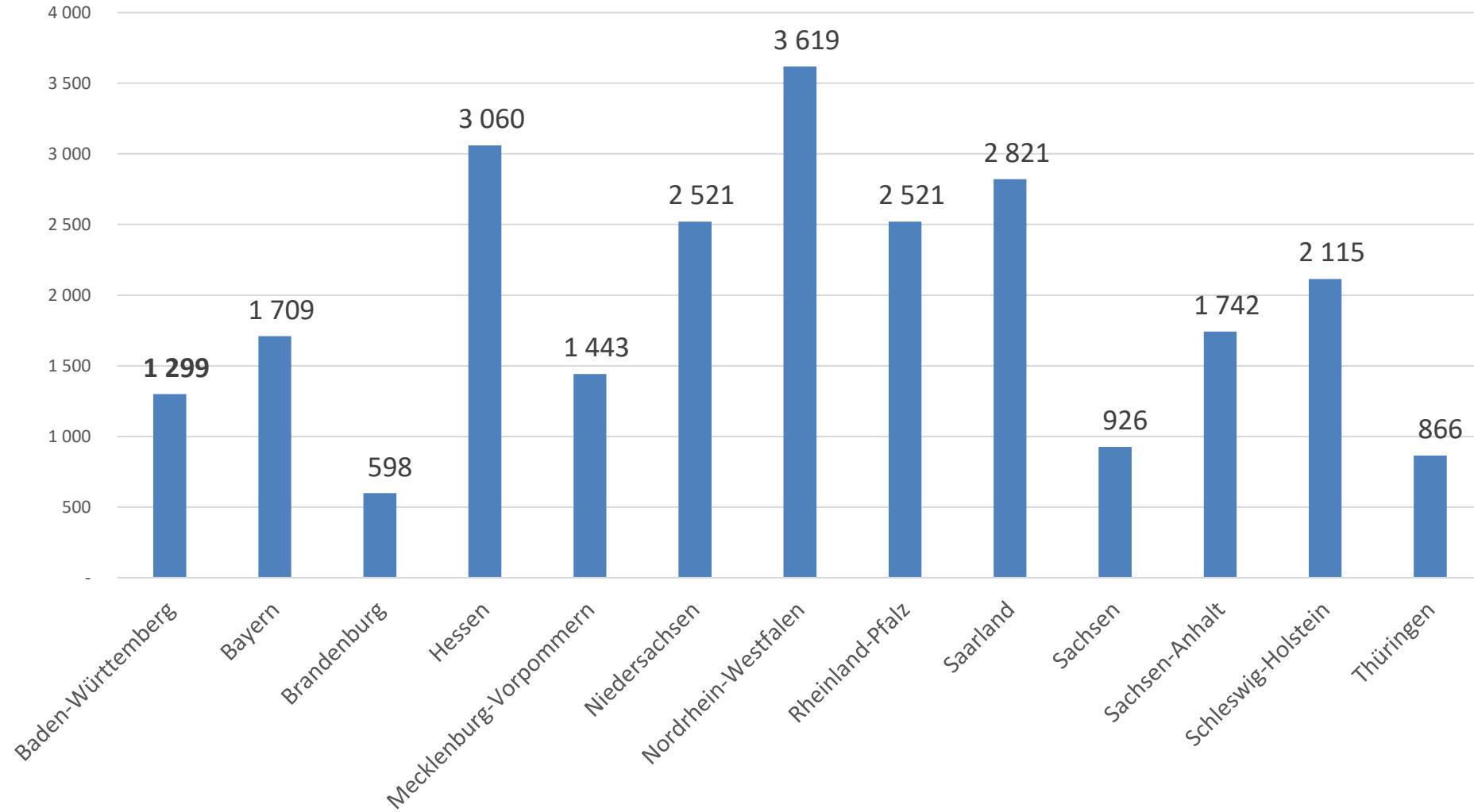
Kommunale Finanzierungssaldi 1. Halbjahr 2024 & 2025 in Mrd. Euro (Kern- & Extrahaushalte)



Kommunale Verschuldung 1. Quartal 2025 in Mrd. Euro (Kern- & Extrahaushalte)

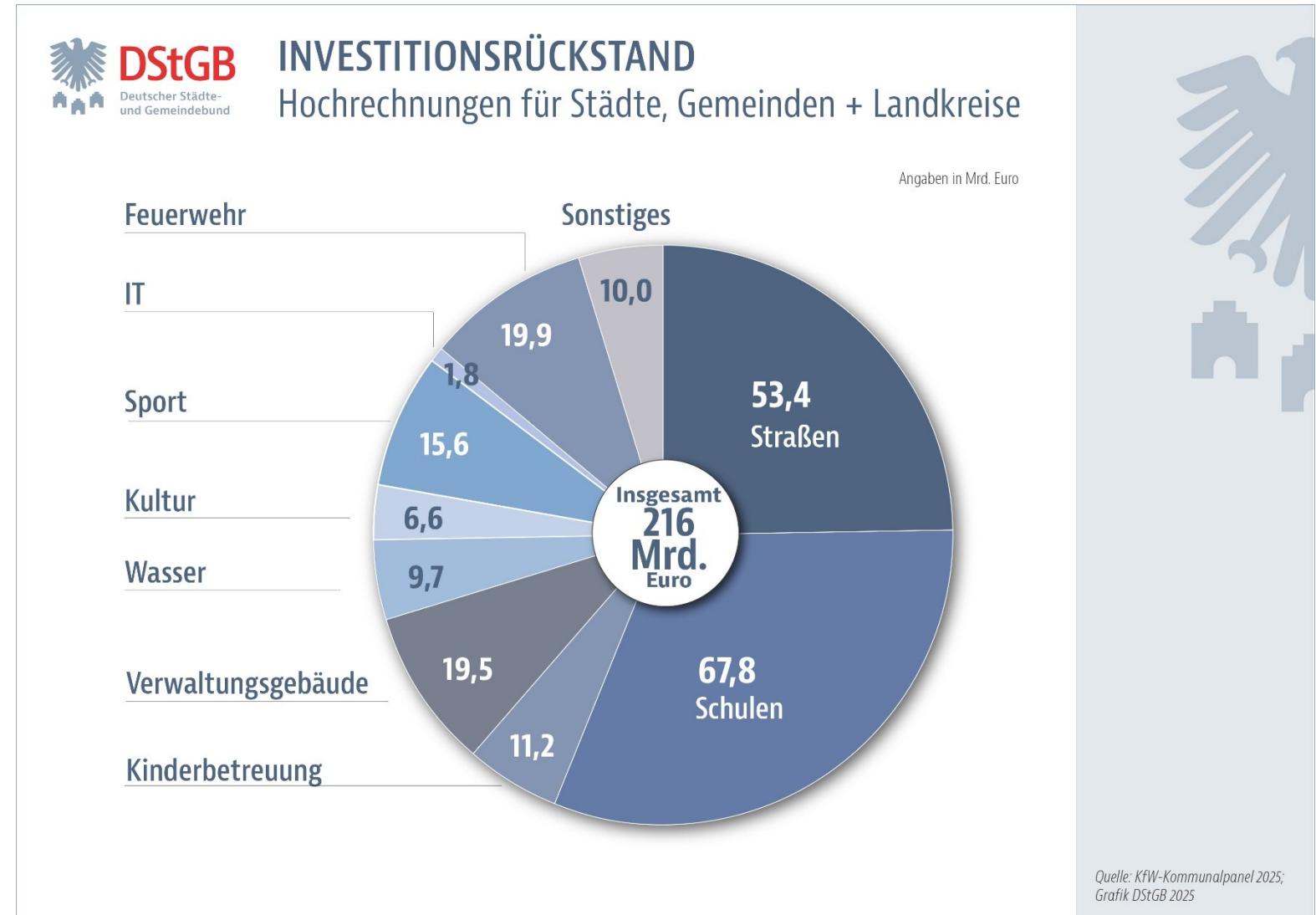


Kommunale Verschuldung 1. Quartal 2025 in €/Einw. nach Ländern (Kern- & Extrahaushalte)

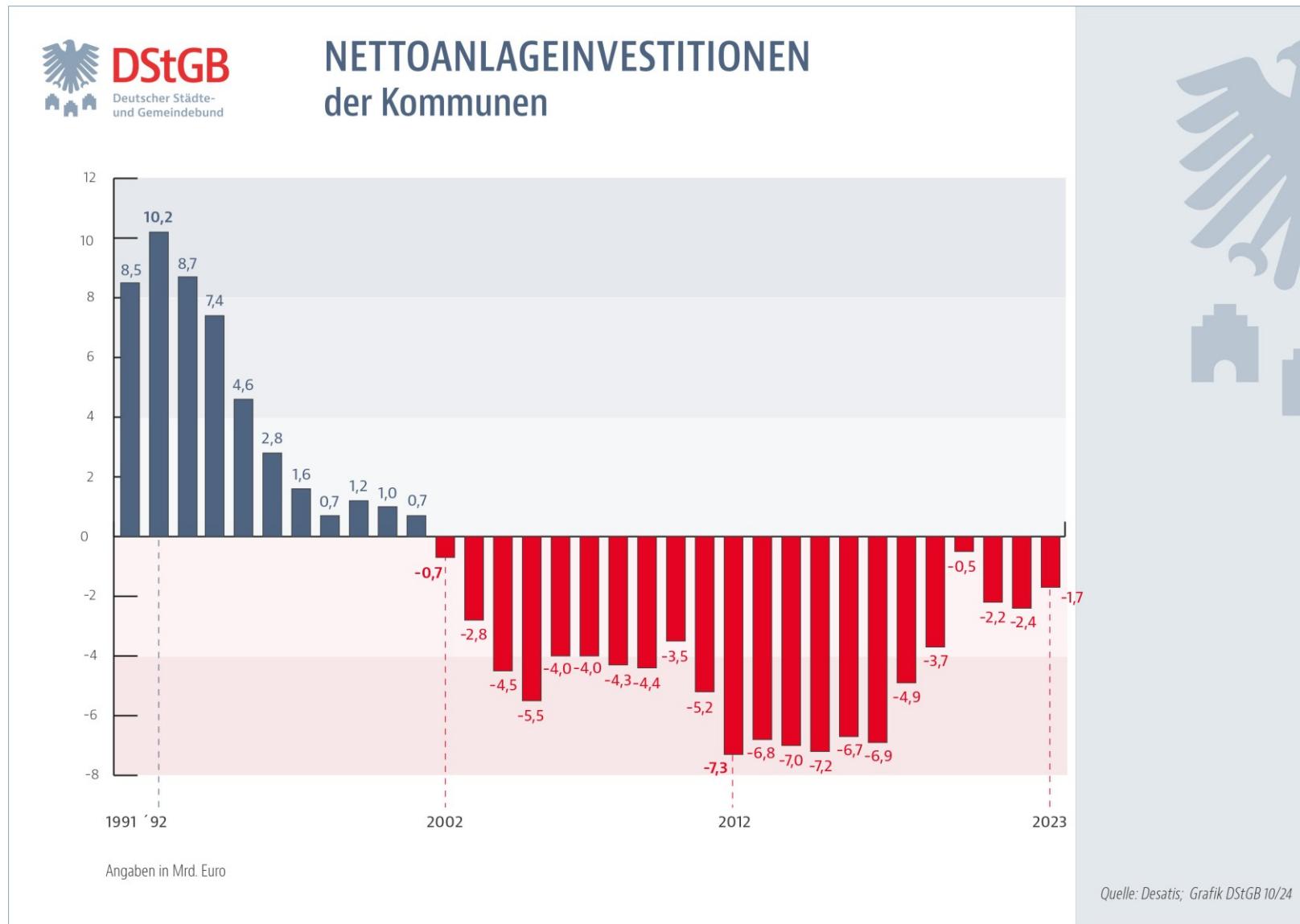


Dramatischer kommunaler Investitionsstau

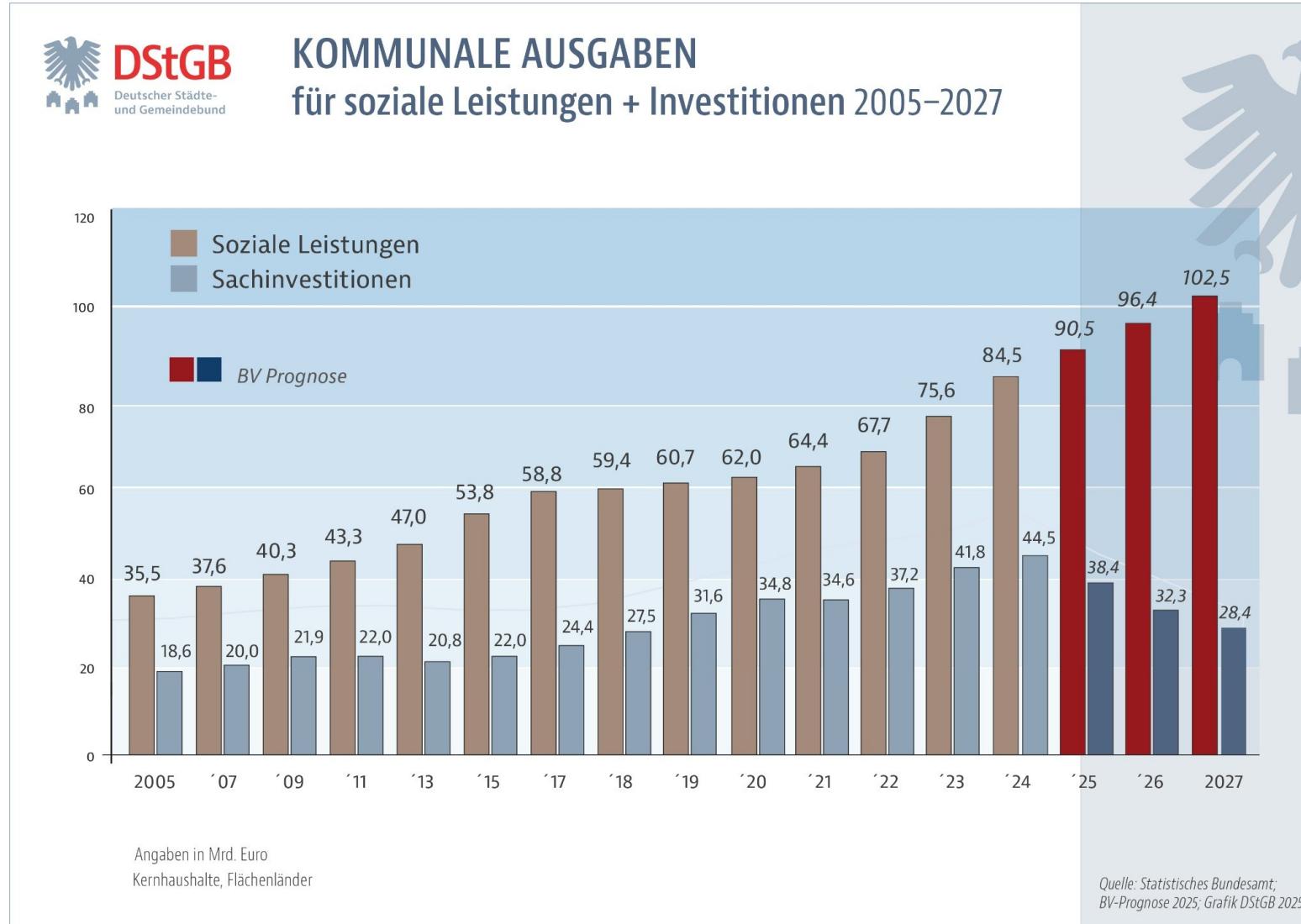
- Bericht zum Panel über www.kfw.de/kommunalpanel abrufbar



Negative kommunale Nettoanlageinvestitionen

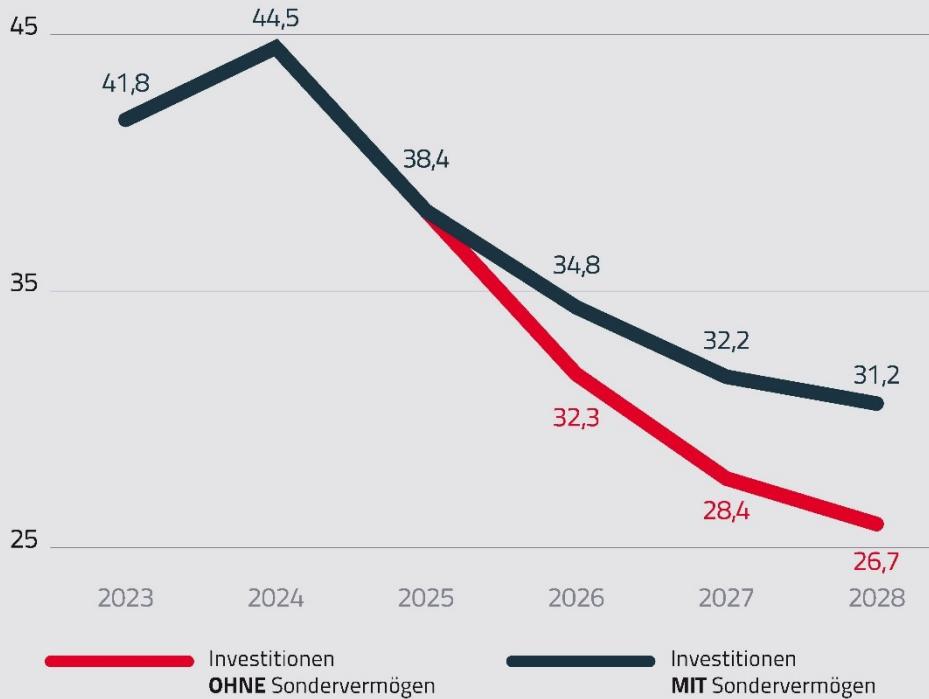


Kommunale Ausgaben für Soziales und Investitionen



Investitionseinbruch wird abgeschwächt,
aber nicht verhindert

Kommunale Investitionen in Mrd. Euro



Prognose der kommunalen Spitzenverbände und eigene Zusammenstellung und Berechnungen
nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Einbruch kommunaler Investitionen zu erwarten

Vorlage der Finanzprognose der Bundesvereinigung
der kommunalen Spitzenverbände am 05.08.2025:

- Einbruch kommunaler Investitionen um 1/3.
- Anstieg des kommunalen Finanzdefizits auf über 35 Milliarden Euro jährlich.
- Steigende Kassenkredite und Beginn einer Zins-Schulden-Spirale in den Kommunen.
- Weitere Infos unter www.dstgb.de

Zusätzliche Investitionsbedarfe

- Transformation – Finanzierbarkeit auf kommunaler Ebene ist sehr zweifelhaft (u.a. Mobilitätswende bis 2030 ca. 370 Mrd. €; Energie- und Wärmewende bis 2045 ca. 1.600 Mrd. €; Wasserwirtschaft 800 Mrd. € bis 2045; Anpassung an den Klimawandel; usw. usf.)
- Demografischer Wandel
- Gesundheitsinfrastruktur
- Digitalisierung
- Zivil- und Katastrophenschutz
- Weiteres...



Foto: Uwe Zimmermann

- Mehrere **Billionen Euro** teure Erwartungen an kommunale Investitionen in zwei Jahrzehnten...!
- **Realitätscheck: Wer soll das womit bezahlen? Schulden? Steuerreform? Fördertöpfe? ÖPP? Oder, oder...?**

Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD – Finanzen und Kommunen

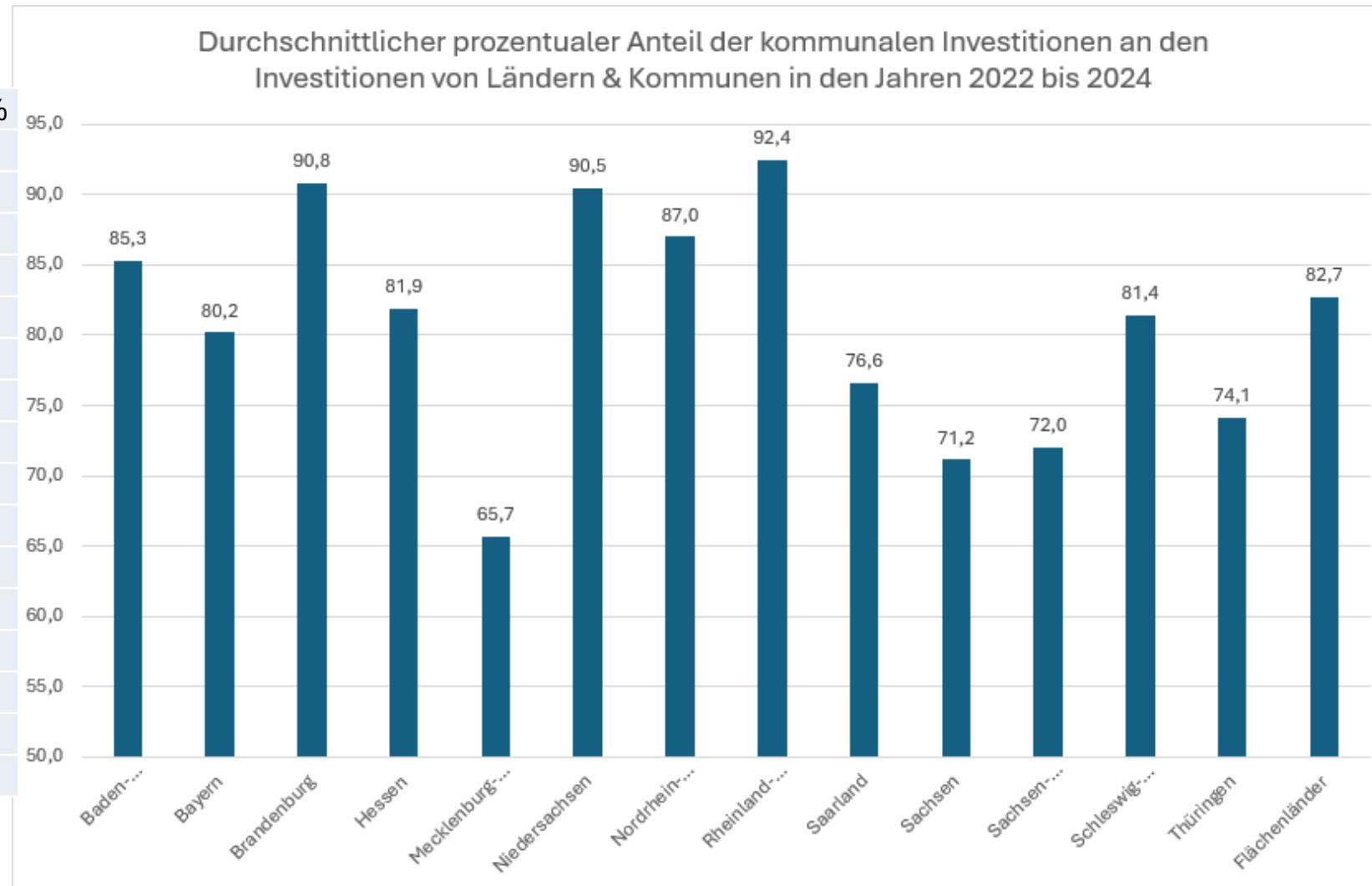
- Koalitionspartner bekennen sich zu wirkungsvollen Entlastungen, stabilen Finanzen und einem leistungsfähigen Staat. Zukunftspakt Deutschland.
 - Investitionsförderung durch degressive Abschreibung AfA, Steuersenkungen bei der KSt. und ESt.
 - Gemeindliche Steuerverluste von -13,5 Mrd. € bis 2029 konnten in politischen Verhandlungen abgewendet werden.
- „Gewerbesteueroasen“, Gewerbesteuer-Mindesthebesatz von 200 auf 280 %.
- Expertenkommission zur Reform der Schuldenbremse.
- Reform der Förderprogramme, z.B. mehr pauschale Fördermittel.
- Kommunale Altschuldenproblematik. Im Koalitionsvertrag werden 250 Mio. € jährlich zugesagt, zugleich wird eine Entlastung der Geberländer um 400 Mio. € jährlich angekündigt.

Sondervermögen des Bundes, Reform Schuldenbremsen

- Reform Schuldenbremsen Bund und Länder: Einsatz für welche Zwecke?
- 100 Mrd. € für Länder und Kommunen (LuKIFG)
- 100 Mrd. € für Klima- und Transformationsfonds (KTF)
 - Sollte in den kommenden Jahren in wesentlichen Teilen dem kommunalen Klimaschutz zugutekommen
 - Nationale Klimaschutzinitiative (NKI), einschließlich der wichtigen sog. Kommunalrichtlinie, muss langfristig auf hohem Niveau fortgeführt werden
- 300 Mrd. € Bundessondervermögen für Investitionen in:
 - Verkehrs-,
 - Energie-,
 - Krankenhaus-,
 - Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur
 - Zivil- und Bevölkerungsschutz
 - Digitalisierung
 - Forschung & Entwicklung
 - Bauen & Wohnen
 - Sport
- Über Bundessondervermögen ist zwingend kommunale Investitionsfähigkeit zu stärken, vorgesehen sind bereits:
 - 4,0 Mrd. € Kindertagesbetreuung
 - 2,5 Mrd. € Digitale Schule
 - 1,0 Mrd. € Sportstätten

Verteilung 100 Mrd. € LuKIFG

	Anteil an 100 Mrd. € in %
Baden-Württemberg	13,1498
Bayern	15,7023
Berlin	5,2198
Brandenburg	2,9992
Bremen	0,94085
Hamburg	2,6586
Hessen	7,43735
Mecklenburg-Vorpommern	1,9251
Niedersachsen	9,4241
Nordrhein-Westfalen	21,0956
Rheinland-Pfalz	4,8457
Saarland	1,1791
Sachsen	4,838
Sachsen-Anhalt	2,6139
Schleswig-Holstein	3,4308
Thüringen	2,5398



Verwaltungsvereinbarung LuKIFG



- Verhandlungen laufen noch
- Entwurf produziert allerdings enormen administrativen Aufwand
- Vereinfachung Fördermittelverteilung auf zsl. Kriterien, wie Berücksichtigung „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ verzichten
- Investitionspauschalen ermöglichen bzw. erleichtern, mehrjähriger Abruf für ein Projekt ermöglichen
- Erweiterung der förderfähigen Kosten (Personalkosten)

Laufende Gesetzgebungsthemen in Berlin mit Relevanz für die Kommunalfinanzen

- „Investitionsbooster“ (Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, im BRat am 11.07.2025): Volle Kompensation der gemeindlichen Steuerverluste von minus 13,5 Milliarden Euro bis 2029 über USt.-Beteiligung der Gemeinden erreicht – Veranlassungskonnexität!
- Haushalts- u. Haushaltsbegleitgesetz 2025 – Finanzierung der Kosten für Strom- und Gaspreissenkungen aus (KTF). DStGB: Maßnahmen zur Strom- und Gaspreissenkung müssen aus dem Bundeshaushalt in den KTF finanziert werden.
- Strukturkomponente-für-Länder-Gesetz (StruKomLäG). Modifizierung der Schuldenbremse Art.109 Absatz 3 Grundgesetz (GG) wurde der Gesamtheit der Länder ein struktureller Verschuldungsspielraum von 0,35 % zum nominalen (BIP) eingeräumt.
- Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität, SVIKG
- Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG).
- Weitere Informationen in der Rubrik Finanzen unter: www.dstgb.de

BVerfG-Verfahren zur kommunalen Finanzausstattung

- Stadt Pirmasens und Landkreis Kaiserslautern haben in Sachen kommunale Finanzausstattung und kommunaler Finanzausgleich (gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG) daher im Jahr 2019 Kommunalverfassungsbeschwerden (2 BvR 1850/19) eingereicht
- Verstoß gegen Art. 28 Abs. 2 GG?!
- BVerfG hat Entscheidung für das laufende Jahr angekündigt... abwarten...
- Kommunale Erwartungen
 - Höchstrichterlicher Schutz des Kernbereichs der kommunalen Finanzausstattung notwendig.
 - Verdeutlichung Zusammenhang von öffentlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen.
 - Strukturelle Sicherung kommunaler Selbstverwaltung.
 - Schutz der Städte & Gemeinden vor Überforderung durch ihre Länder.
 - Abzuwarten bleibt gleichwohl, ob BVerfG-Entscheidung zum materiellen Gehalt des kommunalen Rechts auf angemessene Finanzausstattung fällen wird.
 - Ringen um angemessene kommunale Finanzausstattung wird unabhängig vom Ausgang des Verfahrens politische Daueraufgabe der kommunalen Spitzenverbände in Bundeländern und Bund bleiben.

Zentrale finanzpolitische Forderungen der Städte & Gemeinden

- **Entlastung kommunaler Kassen von Zahlungsverpflichtungen, insb. Sozialausgaben.**
- **Moratorium für neue staatliche Leistungsversprechen.**
- **Höhere gemeindliche Anteile an den Gemeinschaftssteuern (USt., ESt.).**
- **Umfassende Konnexität – „Wer bestellt, der bezahlt!“.**
- **Dauerhaft auskömmliche Kommunalfinanzierung absichern.**
- **Bürokratie- und Standardabbau.**
- **Vereinfachung der Förderprogramme.**
- **Digitalisierung zum Erfolg bringen - Mangel an Arbeits- und Fachkräften.**

Autor | Uwe Zimmermann

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin

uwe.zimmermann@dstgb.de
Fon +49 | 030 – 77307 – 230
Fax +49 | 030 – 77307 – 222
www.dstgb.de